



# Interviews

**Datum: 22. Mai 2024**

## **Thielko Grieb im Gespräch mit Deborah Düring, außenpolitische Sprecherin der Grünen**

**Grieb:** Wie lösen Sie das Dilemma?

**Düring:** Ich glaube, für uns ist erst mal klar, dass wir den Internationalen Gerichtshof in seiner Unabhängigkeit sehr respektieren. Deutschland hat ihn immer unterstützt und wir respektieren jetzt auch seine Verfahrensabläufe.

Ich glaube, in Bezug auf Ihre Frage, was wäre wenn, würde ich mich immer daran halten, dass wir hypothetische Fragen zum aktuellen Zeitpunkt gar nicht beantworten können.

**Grieb:** Das würde ich mir aber von Ihnen wünschen, dass Sie diese nicht ganz unwahrscheinliche Variante doch beantworten würden.

**Düring:** Es ist klar, dass internationales Recht für Deutschland gilt. Ich glaube dennoch, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt keine seriöse Antwort auf dieses Szenario geben können.

**Grieb:** Dann weiß ich gar nicht: Sollen wir mit dem Interview jetzt einfach wieder aufhören?

**Düring:** Es ist ja relativ klar. Ich glaube, man kann sich schon noch mal genau angucken, was da eigentlich passiert ist und was die Unterschiede sind in Bezug auf die Anklage. Für uns ist sehr, sehr klar, dass der Internationale Gerichtshof eine elementare Errungenschaft ist. Gleichzeitig, glaube ich, kann man sich aber auch angucken, was hat Khan eigentlich genau dort gesagt. Es wird gerade eine große Debatte darüber bezüglich der Gleichzeitigkeit geführt und ich glaube, da ist für mich noch mal relativ relevant, dass eine Gleichzeitigkeit nicht eine Gleichsetzung bedeutet. Wenn man sich die Pressekonferenz beispielsweise ansieht, dann wird auch klar, beide Sachverhalte werden unabhängig voneinander betrachtet, und ja, es wurde zum gleichen Zeitpunkt ermittelt, aber es geht um zwei getrennte Verfahren. Das eine betrifft die Hamas-Anführer, das andere die israelische Führung, und es ist klar am Schluss, internationales Recht gilt für alle gleichermaßen.

**Grieb:** Hielten Sie Haftbefehle für die drei Hamas-Führerfunktionäre für gerechtfertigt?

**Düring:** Ich bin keine Völkerstrafrechtlerin, aber wenn ich mir die Vorwürfe anhöre, die Khan dort gemacht hat gegenüber der Hamas, dass am 7. Oktober und bei den begangenen Taten insbesondere bei der Geiselnahme offensichtlich Kriegsverbrechen vorhanden sind, dann erscheint mir das sehr logisch. Er redet auch über Misshandlungen, Folter, Sexualverbrechen in Bezug auf die Vorwürfe gegenüber der Hamas. Auch da gibt es beispielsweise UN-Reporte.

**Grieb:** Hielten Sie Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant für gerechtfertigt?

**Düring:** Ich glaube, es kommt am Schluss auf die Einzelfälle an und die Verhältnismäßigkeit, und das Gericht steht jetzt vor einer Reihe von Fragen, die es beantworten muss, und das wird es sicherlich tun.

**Grieß:** Chefankläger Khan bezieht sich unter anderem auf das Unterbinden von Lebensmittellieferungen in den Gazastreifen. Es ist relativ unstrittig, dass das passiert.

**Düring:** Es geht ja in der Frage von der Anklage darum: Der Vorwurf gegen Israel ist – so habe ich das gesehen -, Aushungern, das Abschneiden der Zivilbevölkerung von der Versorgung als Mittel als Kriegsführung. Es kommt da genau auf die Art und Weise an, auf die Frage der Einzelfälle und auf die Verhältnismäßigkeit. Das Völkerrecht ist relativ komplex und natürlich ist es jetzt daran, genau sich anzugucken, inwieweit das dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit einem systematischen Vergehen unterliegt und inwieweit das dann in den Einzelfällen vorhanden ist und inwieweit das verhältnismäßig ist.

Klar ist natürlich am Schluss – und das ist ja das, worauf Sie auch hinweisen -, es gibt nach aktuellen Zahlen mehr als 35.000 Tote, ein Vielfaches an Verletzten. Das kann als ein solches Indiz gewertet werden. In diesem Rahmen müssen dann die Einzeltaten bewertet werden.

**Grieß:** Deutschland hat das Statut ratifiziert, hat sich den gesetzlichen Grundlagen, den völkerrechtlichen Grundlagen dieses Internationalen Strafgerichtshofs angeschlossen, anders als zum Beispiel die Vereinigten Staaten und etliche andere Länder das getan haben. Da gibt es in anderen Fällen gar keine Zweifel, dass ein Haftbefehl auch vollstreckt würde, zum Beispiel gegen Wladimir Putin. Das ist eine der jüngsten großen Entscheidungen. Warum hadert die Bundesregierung nun in diesem Fall so sehr mit ihrer Haltung?

**Düring:** Ich würde die Aussagen der Bundesregierung zum aktuellen Zeitpunkt überhaupt nicht als Hadern bezeichnen. Die Bundesregierung hat in den letzten Tagen verlauten lassen, dass sie zum ersten den Internationalen Strafgerichtshof als großes Errungenschaft anerkennt, dass man seine Unabhängigkeit und seine Verfahrensabläufe respektiert. Zu diesen Verfahrensabläufen gehört, dass es jetzt in der Vorverfahrenskammer liegt und dort über die Anträge des Chefanklägers zur Ausstellung von Haftbefehlen entschieden wird. Die Bundesregierung beziehungsweise das Auswärtige Amt haben auch klargemacht, dass es jetzt daran liegt, eine Reihe an schwierigen Fragen zu beantworten von Seiten des Gerichtes, und genau das passiert jetzt. Diese Fragen werden jetzt beantwortet und dann wird man das umsetzen.

**Grieß:** Sie sagen, Sie sind nicht die Bundesregierung, Frau Düring. Das stimmt schon. Aber wenn ich jetzt unser Gespräch der letzten sechs Minuten kurz zusammenfasse, dann ist das schon ein einziges Hadern, als handelte es sich um ein rohes Ei, und zwar eines ohne Schale.

**Düring:** Sie stellen ja die Frage, inwieweit wir zur Umsetzung von internationalem Recht uns verpflichtet fühlen. Es ist sehr, sehr klar, Internationales Recht gilt für Deutschland. Am Schluss wird eine Entscheidung getroffen vom Internationalen Strafgerichtshof und dann gilt es, dieses internationale Recht umzusetzen.

**Grieß:** Gehen Sie davon aus, dass die israelische Führung die Art und Weise, wie Krieg geführt wird im Gazastreifen, verändert, um den Argumenten aus Den Haag den Wind aus den Segeln zu nehmen?

**Düring:** Ich bin auch nicht die israelische Regierung, aber Khan hat ja genau das auch noch mal in seinem Statement relativ klargemacht. Ich kann mir vorstellen – und das sieht man ja auch schon –, dass gerade in Bezug auf die Frage von mehr humanitärer Hilfe auch immer von unserer Seite sehr klar ist, dass es mehr Zugänge für humanitäre Hilfe braucht, dass es die Öffnung der Grenzübergänge braucht und dass es natürlich auch die Freilassung beispielsweise der Geiseln braucht.

**Grieß:** Ich vermute, dass Sie an der Politik des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu das eine oder andere auch auszusetzen hätten. Jetzt hören wir seit vorgestern aus Israel, dass sich sowohl Opposition als auch Regierung zusammenschließen, um den Ministerpräsidenten gegen diese Vorwürfe aus Den Haag zu verteidigen. Hat der Chefankläger womöglich etwas bewirkt, was Ihnen, Frau Düring, gar nicht so sehr gefällt?

**Düring:** Ich finde, der Chefankläger ist dafür da, seinen Job zu machen. Wir können jetzt über die Orchestrierung uns austauschen, die vielleicht nicht die beste war, aber am Schluss ist die Aufgabe des Chefanklägers, wenn es genug Indizien gibt, in jedem Falle diese Schritte einzuleiten, egal für welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die es weltweit gibt. Deswegen, glaube ich, werden wir jetzt sehen, was auf israelischer Seite passiert. Ich finde, wir sollten uns auch darauf fokussieren, was genau in der Anklage steht und was eigentlich die Vorwürfe sind, und das sollte uns, glaube ich, besorgen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*